



Mit einem einzigen Satz hat Sophie Binet, Generalsekretärin der Confédération générale du travail, eine politisch aufgeladene Debatte entfacht: Der internationale Frauentag am 8. März soll in Frankreich zum gesetzlichen Feiertag werden. Was auf den ersten Blick wie eine symbolische Forderung wirkt, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als gezielter Eingriff in das republikanische Selbstverständnis des Landes – und als Testfall für die Ernsthaftigkeit seiner Gleichheitsversprechen.

Symbolpolitik mit strategischer Präzision

Der Zeitpunkt des Vorstoßes ist kein Zufall. In Frankreich wird derzeit intensiv über Arbeit, Arbeitszeit und die Rolle von Feiertagen diskutiert. Rund um den Tag der Arbeit, traditionell ein zentrales Datum der Arbeiterbewegung, hat die CGT die Debatte bewusst erweitert: von klassischen sozialpolitischen Fragen hin zu einer Verbindung von Arbeits- und Gleichstellungspolitik.

Binet argumentiert dabei doppelt. Einerseits verweist sie auf die vergleichsweise geringe Zahl gesetzlicher Feiertage in Frankreich im europäischen Vergleich. Andererseits hebt sie die strukturellen Ungleichheiten hervor, die Frauen weiterhin prägen: geringere Löhne, häufigere Teilzeitbeschäftigung, unterbrochene Erwerbsbiografien und niedrigere Rentenansprüche. Der Internationaler Frauentag wird so nicht als bloßer Gedenktag verstanden, sondern als politischer Marker für soziale Realität.

Der Feiertag als republikanisches Instrument

In der politischen Kultur Frankreichs sind Feiertage weit mehr als arbeitsfreie Tage. Sie fungieren als Ausdruck kollektiver Identität und historischer Selbstvergewisserung. Der Nationalfeiertag Frankreich erinnert an die Revolution, der Waffenstillstandstag an das Ende des Ersten Weltkriegs. Jeder dieser Tage transportiert eine spezifische Erzählung über Nation, Republik und Geschichte.

Vor diesem Hintergrund erhält die Forderung der CGT besonderes Gewicht. Einen neuen Feiertag einzuführen bedeutet in Frankreich stets auch, eine neue Priorität in der symbolischen Ordnung zu setzen. Der 8. März würde in diese Reihe aufgenommen – als institutionalisierte Anerkennung von Frauenrechten.

Das Anliegen ist damit nicht nur sozialpolitisch, sondern kulturpolitisch. Es zielt darauf ab, Gleichstellung nicht allein als moralische Verpflichtung zu behandeln, sondern als festen Bestandteil republikanischer Identität zu verankern.



Politischer Widerstand und ökonomische Rationalität

Die Reaktion der Regierung fiel entsprechend zurückhaltend aus. Arbeitsminister Jean-Pierre Farandou lehnte die Idee ab und signalisierte damit eine klare Prioritätensetzung: wirtschaftliche Effizienz vor symbolischer Erweiterung.

Diese Haltung fügt sich in eine breitere wirtschaftspolitische Linie ein, die auf Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Steigerung der Produktivität abzielt. Ein zusätzlicher Feiertag wird in diesem Kontext primär als Kostenfaktor betrachtet – insbesondere für Unternehmen, die Produktionsausfälle oder höhere Lohnkosten tragen müssten.

Damit prallen zwei Logiken aufeinander. Für die Regierung steht die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft im Vordergrund. Für die Gewerkschaften hingegen ist genau diese ökonomische Perspektive Teil des Problems: Sie argumentieren, dass Gleichstellung nicht unter dem Vorbehalt wirtschaftlicher Effizienz stehen dürfe.

Die Tiefenschichten der Debatte

Die Auseinandersetzung berührt einen zentralen Nerv der französischen Gesellschaft: das Spannungsverhältnis zwischen universalistischem Gleichheitsanspruch und sozialer Realität. Frankreich versteht sich traditionell als Republik der Gleichheit, in der individuelle Unterschiede hinter dem Prinzip der Staatsbürgerlichkeit zurücktreten.

Doch gerade in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit zeigt sich, dass dieser Anspruch nur unvollständig eingelöst ist. Studien belegen weiterhin signifikante Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sowie strukturelle Benachteiligungen in Karriereverläufen und Rentensystemen.

Der Vorschlag eines Feiertags macht diese Diskrepanz sichtbar. Er zwingt dazu, die symbolische Ebene – die republikanische Rhetorik – mit der materiellen Realität abzugleichen. In diesem Sinne ist der 8. März als Feiertag weniger eine praktische Reform als ein politisches Signal.

Begrenzte Erfolgsaussichten – große Wirkung

Kurzfristig erscheint die Umsetzung unwahrscheinlich. Die Regierung hat sich klar positioniert, und auch aus der politischen Mitte ist bislang keine Unterstützung erkennbar.



Änderungen im Feiertagskalender sind in Frankreich traditionell konflikträchtig, da sie tief in wirtschaftliche und gesellschaftliche Routinen eingreifen.

Dennoch entfaltet der Vorstoß Wirkung. Er verschiebt den Diskurs. Statt ausschließlich über Arbeitszeitregelungen oder Produktivität zu sprechen, rückt die Frage in den Mittelpunkt, welchen Stellenwert Gleichstellung im institutionellen Gefüge der Republik einnimmt.

Diese Verschiebung ist politisch bedeutsam. Sie zwingt Entscheidungsträger dazu, ihre Position zu begründen – nicht nur ökonomisch, sondern auch normativ. Wer einen Feiertag ablehnt, muss erklären, warum die symbolische Aufwertung von Frauenrechten nicht gerechtfertigt erscheint.

Ein typisch französischer Mechanismus

Für Beobachter außerhalb Frankreichs ist die Dynamik dieser Debatte besonders aufschlussreich. Sie zeigt einen charakteristischen Mechanismus der französischen Politik: Gesellschaftliche Konflikte werden nicht allein über Zahlen, Gesetze und Reformprogramme ausgetragen, sondern über Symbole, historische Bezüge und institutionelle Rituale.

Der mögliche Feiertag am 8. März wäre in diesem Sinne kein bloßer zusätzlicher freier Tag. Er wäre ein politisches Statement über die Prioritäten der Republik. Die Ablehnung ist daher ebenfalls mehr als eine administrative Entscheidung – sie ist Ausdruck einer bestimmten Vorstellung davon, wie Gleichheit politisch umgesetzt werden soll.

Gerade weil die Forderung derzeit unrealistisch erscheint, entfaltet sie ihre eigentliche Wirkung. Sie fungiert als Prüfstein. Sie fragt, ob Frankreich bereit ist, seine Gleichheitsversprechen nicht nur rhetorisch, sondern auch institutionell zu verankern. Die Antwort darauf bleibt offen – doch die Frage ist nun gestellt.

Autor: Andreas M. Brucker